

Herrn Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/ 13 930
vom 28.03.2018
über „Auswirkungen einer vermutlich im kommenden Jahr vom BVerfG festzustellenden verfassungswidrigen Beamtenbesoldung“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Widerspruchsverfahren sind in Bezug auf besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen im Land Berlin derzeit anhängig? (Bitte aufgeschlüsselt nach den Jahren 2008-2018 und den Institutionen der unmittelbaren und mittelbaren Berliner Landesverwaltung – Polizei, Feuerwehr, Justiz, Ämter, etc.)

Zu 1.: Die Senatsverwaltung für Finanzen hat zu den Widerspruchsverfahrenszahlen eine Abfrage bei den Senatsverwaltungen, der Senatskanzlei, den Bezirken, dem Landesverwaltungsaamt Berlin (LVwA) sowie intern durchgeführt. Diese Abfrage ergab folgendes Bild:

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBildJugFam):

Es liegen folgende Widerspruchsverfahren mit der Begründung „Unteralimentierung“ vor:

Kalenderjahr	Anzahl
2008	1
2009	0
2010	0
2011	1
2012	3
2013	5
2014	9
2015	574
2016	167
2017	1421
2018	196
insgesamt	2377

Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin):

Unmittelbar bei der Senatsverwaltung für Finanzen sind derzeit insgesamt noch 8 Widerspruchsverfahren von Beamtinnen und Beamten der Senatsverwaltung für Finanzen und der nachgeordneten Finanzämter zur „verfassungswidrigen Beamtenbezahlung“ anhängig. Ansprüche auf amtsangemessene Alimentation wurden dabei wie folgt geltend gemacht:

Jahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Anzahl	0	0	0	8	0	0

Alle Widersprüche sind im Einvernehmen mit den Beamtinnen und Beamten ruhend gestellt bis zur höchstrichterlichen Klärung der Rechtsfragen.

Seit November 2013 ist das LVwA im Rahmen des Shared Service für die Bearbeitung derartiger Widersprüche zuständig (vgl. Übertragungsanordnung vom 16.09.2013 – ABI. Nr. 43 vom 27.09.2013).

Landesverwaltungsamt für die dort geführten Personalbereiche der Senatsverwaltung für Finanzen:

Die Auswertungen (Zahlen) der für den Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Finanzen betreuten Beamtinnen und Beamten lauten wie folgt:

Dienststelle	Jahr	Anzahl Widersprüche
SenFin/ Finanzämter/ Landeshauptkasse	2015	2.509
	2016	40
	2017	3.812
	2018	24
LVwA	2015	163
	2016	49
	2017	206
	2018	3
Verwaltungssakademie	2017	5
ehemaliges Zentrales Personalüberhangmanagement	2015	7
	2017	5
Landesbetrieb für Gebäudebe- wirtschaftung	2017	15

Landesverwaltungsamt für Widersprüche von Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern aus der Pensionsstelle:

2012: keiner
 2013: 140 Fälle
 2014: 48 Fälle
 2015: 85 Fälle
 2016: 21 Fälle
 2017: 127 Fälle

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG):

Als „Widerspruchsverfahren“ werden alle Anträge und Anspruchsgeltendmachungen auf Zahlung einer amtsangemessenen, nicht verfassungswidrigen Besoldung gewertet.

Aus den Jahren 2008 bis 2014 liegen keine Anträge etc. vor. Etliche der Anträge ab 2015 wurden jährlich erneut eingereicht.

	2015	2016	2017	2018 (bis dato)
SenGPG	33	47	62	1

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnDS):

Dienststelle	Jahr	Anzahl Wider-sprüche
SenInnDS	2015	157
	2016	71
	2017	241
	2018	12
Σ SenInnDS		481
Der Polizeipräsident in Berlin (PolPräs)	2011	1
	2015	77
	2016	43
	2017	1
	2018	2
Σ PolPräs		124
Berliner Feuerwehr	2016	1
	2017	1
Σ Berliner Feuerwehr		2
Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)	2008	1
	2013	3
	2014	1
	2015	140
	2016	59
	2017	240

	2018	1
Σ LABO		445
Σ Summe Einzelplan 05		1.052

Für die Dienststellen der SenInnDS und des LABO wurden die Daten seitens des LVwA ermittelt, für die übrigen Dienststellen seitens der Personalstelle des PolPräs.

Zusätzlich zu den in der Widerspruchsstelle bereits anhängigen Verfahren sind insgesamt 8.960 Widerspruchsverfahren bei der Polizei Berlin und 1.970 Widerspruchsverfahren bei der Berliner Feuerwehr nach Vereinbarung mit den Widerspruchsführerinnen und –führern ruhend gestellt worden. Eine statistische Erfassung der Widersprüche nach Eingangsdaten ist im Personalservice nicht erfolgt.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS):

Dienststelle	Jahr	Anzahl Widersprüche
SenIAS (einschl. Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin - LAGeSi-, Landesamt für Gesundheit und Soziales -LAGeSo-, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten -LAF-)	2008 - 2013	keine
	2014	3
	2015	116
	2016	66
	2017	229
	2018	1
Berliner Gerichte für Arbeitssachen	2014 – 2018	Keine

Bei den Berliner Gerichten für Arbeitssachen sind derzeit keine Widerspruchsverfahren in Bezug auf besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen anhängig. Alle derartigen Widersprüche wurden bis Ende 2017 entschieden; 2018 sind noch keine weiteren erhoben worden.

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (SenJustVA):

Eine statistische Erfassung der anhängigen Widerspruchs- und Klageverfahren erfolgt in diesem Geschäftsbereich nicht. Nach Mitteilung des nachgeordneten Geschäftsbereichs und eigener Wahrnehmung hinsichtlich berichtspflichtiger Verfahren hat aber der Großteil der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jedenfalls Widerspruch gegen die Amtsangemessenheit der Besoldung eingelegt. Hierbei ist seit den Vorlagebeschlüssen des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. September 2017 zur Amtsangemessenheit der Berliner A- und R-Besoldung nochmals ein deutlicher Anstieg der Widerspruchs- und Klageverfahren festzustellen. Dem Geschäftsbereich gehören 1.851 Richterinnen und Richter sowie 5.915 Beamtinnen und Beamte (einschließlich Staatsanwältinnen und Staatsanwälten) an.

Senatsverwaltung für Kultur und Europa (SenKultEuropa):

Dienststelle	Jahr	Anzahl der Widersprüche
Senatsverwaltung für Kultur und Europa (vorher: Der Regierende Bürgermeister Senatskanzlei-Kulturelle Angelegenheiten)	2015	5
	2017	29
	2018	1
Landesarchiv Berlin	2017	2
Landesdenkmalamt	---	---
Stiftung Stadtmuseum	2011	4
Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin	2015	6
Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB)	2017	8

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenStadtWohn) sowie Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK):

Für den Bereich der ehemaligen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt liegen ab dem Jahr 2015 entsprechende Widersprüche vor, und zwar im Jahr 2015 im Umfang von 190 Widersprüchen und im Jahr 2016 im Umfang von 86 Widersprüchen.

Im Jahr 2017 wurden bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 63 Widersprüche in der Angelegenheit eingelegt und bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz 137 Widersprüche.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWiEnBe):

Im Geschäftsbereich dieser Verwaltung sind derzeit Widerspruchsverfahren in Bezug auf besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen in folgendem Umfang anhängig:

2008 – 2015: Keine noch anhängigen Widerspruchsverfahren

2016: 10 Widerspruchsverfahren anhängig

2017: 96 Widerspruchsverfahren neu anhängig

2018: keine neuen Widerspruchsverfahren anhängig

Zur Vermeidung von Missverständnissen weise ich darauf hin, dass die vorstehenden Zahlen jeweils die Widerspruchsverfahren nennen, bei denen in dem jeweiligen Kalenderjahr der Widerspruch neu eingelegt wurde und die noch nicht beschieden wurden.

Senatskanzlei (Skzl):

Dienststelle	Jahr	Anzahl Widersprüche
Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Skzl	2017	14

Die oben gemachten Angaben enthalten nicht Informationen für die Beschäftigten der Abteilung Wissenschaft. Diese Daten sind in der Zulieferung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie enthalten.

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin:

Jahr	Anzahl
2008	0
2009	0
2010	0
2011	2
2012	0
2013	30
2014	1
2015	191
2016	503
2017	359
2018	30

Anmerkung: Es handelt sich teilweise um „Erneuerung“ bereits gestellter Widersprüche, da viele Beamtinnen und Beamte wiederholt Widerspruch eingelegt haben.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin:

Derzeit sind 583 Widerspruchsverfahren anhängig, ein Verfahren aus dem Jahr 2011, 178 Verfahren aus dem Jahr 2015, 175 Verfahren aus dem Jahr 2016 sowie 229 Verfahren aus dem Jahr 2017.

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin:

Widerspruchsverfahren auf besoldungsrechtliche Leistungen beginnen im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin ab 2015:

2015: 248
2016: 450
2017: 246
2018: bisher 1

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin:

Im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin wurden von den dort tätigen Beamtinnen und Beamten in nachfolgend dargestellter Anzahl Widersprüche in Bezug auf besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen erhoben:

2008 bis einschließlich 2014: 0 Verfahren,
2015: 172,

2016: 43,
2017: 240.

Bezirksamt Mitte von Berlin:

Anhängige Widerspruchsverfahren:

2008 bis 2014: keine

2015: 226 Fälle

2016: 166 Fälle

2017: 226 Fälle

Bezirksamt Neukölln von Berlin:

2015: 377 Widersprüche

2016: 169 Widersprüche

2017: 289 Widersprüche

2018: 14 Widersprüche

Bezirksamt Pankow von Berlin:

Für das Bezirksamt Pankow von Berlin sind derzeitig 165 Widersprüche aus den Jahren 2017/2018 wegen der amtsangemessenen Besoldung anhängig. Die davor datierten Widersprüche wurden alle abschlägig beschieden und sind daher erledigt.

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin:

	Wider-spruch Alters-diskrimi-nierung	Wider-spruch Überlei-tung	Amtsan-ge-messene Alimenta-tion	Wider-spruch Kürzung/ Streichung Sonderzah-lung/ Ur-laubsgeld	Widerspruch ge-ge-n die Höhe der Be-soldung ab 01.01.2018 (Versorgungs-rücklage)	Ge-samt
2008						---
2009						---
2010						---
2011	288					288
2012	56	233				289
2013	6	1				7
2014						---
2015			233			233
2016			4	31		35
2017			194			194
2018			8		9	17
						1063

Bezirksamt Spandau von Berlin:

Anzahl der eingegangenen Widersprüche aufgeschlüsselt nach den Jahren 2008 bis 2018:

2008	0
2009	0
2010	1
2011	0
2012	2
2013	0
2014	0
2015	256
2016	91
2017	272
2018	2

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin:

Die Widersprüche sind dort listenmäßig nach dem Datum des Eingangs erfasst. Auf welchen Zeitraum sich ein Widerspruch bezieht, wäre nur durch Durchsicht der einzelnen Personalakten feststellbar. Dies ist aufgrund der Personalausstattung nicht zu bewerkstelligen.

2008-2012: Fehlanzeige
 2013: 100
 2014: 2
 2016: 194
 2016: 85
 2017: 208
 2018: 10

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin:

Anzahl der derzeit anhängigen Widerspruchsverfahren:

2011: 1
 2012: 0
 2013: 0
 2014: 1
 2015: 223
 2016: 39 und 6 nochmalige Widersprüche von Widerspruchsführerinnen und Widerspruchsführern aus den Vorjahren
 2017: 101 und 141 nochmalige Widersprüche von Widerspruchsführerinnen und Widerspruchsführern aus den Vorjahren
 2018: 2

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin:

2010: 45 Widersprüche
 2015: 110 Widersprüche
 2016: 27 Widersprüche
 2017: 95 Widersprüche
 2018: 1 Widerspruch

Für die Jahre 2008-2009 sowie 2011-2014 wurde keine diesbezügliche Statistik geführt, so dass die Zahlen nicht ermittelbar sind.

2. Wie viele Klagen sind in Bezug auf Besoldungsfragen und besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen anhängig? (Bitte aufgeschlüsselt nach den Jahren 2008-2018 und den Institutionen der unmittelbaren und mittelbaren Berliner Landesverwaltung)

Zu 2.: Die Senatsverwaltung für Finanzen hat zu den Klageverfahrenszahlen eine Abfrage bei den Senatsverwaltungen, der Senatskanzlei, den Bezirken, dem Landesverwaltungsamt Berlin (LVwA) sowie intern durchgeführt. Diese Abfrage ergab folgendes Bild:

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBildJugFam):

Es sind folgende Klagen anhängig:

Kalenderjahr	Anzahl
2011	1
2012	1
2013	1
2014	0
2015	0
2016	7
2017	1
2018	2
insgesamt	13

Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin):

Bei der Senatsverwaltung für Finanzen sind derzeit insgesamt noch 9 verwaltungsgerichtliche Verfahren (davon acht vor dem Verwaltungsgericht Berlin und ein Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg) von Beamtinnen und Beamten der Senatsverwaltung für Finanzen und der nachgeordneten Finanzämter zur „verfassungswidrigen Beamtenbesoldung“ anhängig. Ansprüche auf amtsangemessene Alimentation wurden dabei wie folgt geltend gemacht:

Jahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl	0	7	1	1	0	0	0	0	0	0	0

Das LVwA ist im Rahmen des Shared Service für die Bearbeitung derartiger Klagen zuständig, die ab November 2013 erhoben wurden (vgl. Übertragungsanordnung vom 16.09.2013 – ABI. Nr. 43 vom 27.09.2013).

Landesverwaltungsamt für die dort geführten Personalbereiche der Senatsverwaltung für Finanzen:

Fehlanzeige.

Landesverwaltungsamt für Widersprüche von Versorgungsempfängern aus der Pensionsstelle:

Keine Angabe.

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG):

Fehlanzeige.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnDS):

Dienststelle	Jahr	Anzahl Klagen
SenInnDS	2016	1
PolPräs	2009	2
	2010	2
	2011	11
	2015	1
	2016	7
	2017	1
	2018	4
Σ PolPräs		28
Berliner Feuerwehr		
	2010	1
	2012	1
	2013	2
	2015	1
	2016	2
	2018	6
Σ Berliner Feuerwehr		13
LABO	2015	1
Σ Summe Einzelplan 05		43

Die Daten wurden durch SenInnDS -ZS D- in Abstimmung mit dem LVwA und der Personalstelle des PolPräs erhoben.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS):

Dienststelle	Jahr	Anzahl Klagen
SenIAS (einschl. LAGeSi, LAGeSo, LAF)	2008 – 2018	Keine
Berliner Gerichte für Arbeitssachen Beamten/ Beamte	2015	8
	2016	3
	2017	5
	2018	3
Berliner Gerichte für Arbeitssachen Richterinnen/ Richter	2015	5
	2016	3

	2017	9
	2018	28

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (SenJustVA):

Eine statistische Erfassung der anhängigen Widerspruchs- und Klageverfahren erfolgt in diesem Geschäftsbereich nicht. Nach Mitteilung des nachgeordneten Geschäftsbereichs und eigener Wahrnehmung hinsichtlich berichtspflichtiger Verfahren hat aber der Großteil der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jedenfalls Widerspruch gegen die Amtsgemessenheit der Besoldung eingelegt. Hierbei ist seit den Vorlagebeschlüssen des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. September 2017 zur Amtsgemessenheit der Berliner A- und R-Besoldung nochmals ein deutlicher Anstieg der Widerspruchs- und Klageverfahren festzustellen. Dem Geschäftsbereich gehören 1.851 Richterinnen und Richter sowie 5.915 Beamtinnen und Beamte (einschließlich Staatsanwältinnen und Staatsanwälten) an.

Senatsverwaltung für Kultur und Europa (SenKultEuropa):

Fehlanzeige.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenStadtWohn) sowie Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK):

Fehlanzeige.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWiEnBe):

Fehlanzeige.

Senatskanzlei (Skzl):

Es sind zwei Klagen anhängig.

Die oben gemachten Angaben enthalten nicht Informationen für die Beschäftigten der Abteilung Wissenschaft. Diese Daten sind in der Zulieferung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie enthalten.

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin:

Die erste Klage ist am 28.03.2018 beim Verwaltungsgericht Berlin sowie am 05.04.2018 beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin eingegangen.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin:

Derzeit ist eine Klage in Bezug auf Besoldungsfragen und besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen beim Verwaltungsgericht Berlin anhängig.

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin:

Fehlanzeige.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin:

Fehlanzeige.

Bezirksamt Mitte von Berlin:

Fehlanzeige.

Bezirksamt Neukölln von Berlin:

Aus 2015 liegt eine Klage vor.

Bezirksamt Pankow von Berlin:

Seit dem Jahr 2016 sind 7 Klagen wegen amtsangemessener Besoldung vor dem Verwaltungsgericht Berlin anhängig. Die Klageverfahren werden in der Regel ruhend gestellt, bis eine höchstrichterliche Entscheidung vorliegt.

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin:

Fehlanzeige.

Bezirksamt Spandau von Berlin:

Es ist eine Klage anhängig.

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin:

Fehlanzeige.

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin:

Fehlanzeige.

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin:

Fehlanzeige.